

Niederschrift

über die 21. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften

Sitzungstag: 03.08.09
Sitzungsort: Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 16:47 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzender

Schüdzig, Herbert

Ausschussmitglieder

Bunjes, Gertrud

Funk, Harry

Hartl, Arnulf

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Zillmer, Dirk

Grundmandat

Glaum, Sabine

Vertretung für Herrn Bernhard Schwanzar

Verwaltung

Dankwardt, Angela

Jones, Stephen

Riedel, Gabriele

Rüstmann, Dietmar

Gäste

Vredenborg, Elke

Entschuldigt waren:

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.00 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

Zuständigkeit des Rates:

**TOP 6 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: BV/966/2009**

Herr Rüstmann führt aus, dass bereits im Ursprungshaushaltsplan 2008 ein Fehlbetrag in Höhe von 1.780 Mio. € enthalten war, welcher sich im 1. Nachtrag auf 2,255 Mio. € erhöht habe. Vor diesem Hintergrund sei das Abschlussergebnis mit einem Fehlbetrag in Höhe von 1.143.237,46 € zwar erfreulich, kann jedoch nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden.

In den kommenden Jahren sei keine Verbesserung zu erwarten, insofern müsse man sich weiter im „Krisenmanagement“ üben.

Sodann nimmt der Ausschuss den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2008 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Das Jahresabschlussergebnis 2008 einschließlich der Auflistung der gebildeten Haushaltsreste und der Übersicht über den Stand der Rücklagen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7 2. Nachtragshaushalt 2009 Vorlage: BV/968/2009

Herr Rüstmann erläutert den Sachverhalt anhand der Eckdaten aus dem Vorbericht zum 2. Nachtrag. Die Aufstellung des Nachtragshaushalts sei aufgrund der bewilligten Mittel aus dem Konjunkturpakt II zu diesem frühen Zeitpunkt notwendig. Der Verwaltungshaushalt werde nur geringfügig geändert. Die hauptsächlichen Änderungen gebe es im Vermögenshaushalt.

Er erklärt, dass die Erhöhung der Kreditaufnahmen sich auf 204.800 € beliefen. Dem gegenüber stünden Einsparungen, die durch energetische Maßnahmen zu erwarten seien.

Herr Hartl erkundigt sich, zu welchem Zeitpunkt mit einer Refinanzierung des Schuldendienstes zu rechnen sei.

Herr Rüstmann stellt klar, dass es sich bei dem Betrag i. H. v. 204.800 € um das Darlehen, nicht aber um die Tilgung bzw. Zinszahlungen handele.

Frau Rasenack bemerkt, dass laut Vorbericht die Mittel für die Förderung des Industriegebietes in diesem Jahr nur im Umfang von ca. 1/3 ausgezahlt werden. Sie erkundigt sich, ob es absehbar sei, dass in den kommenden Jahren die restlichen Mittel flössen.

Herr Rüstmann erwidert, dass der Landkreis Friesland lediglich einen Teilbetrag ausgezahlt habe. Die Auszahlung des Restbetrages erfolge entsprechend der Mittelbereitstellung in den Folgejahren. Ein konkreter Auszahlungsplan bestehe jedoch nicht.

Frau Rasenack möchte wissen, ob des Änderungen des Kaufpreises zum Erwerb der Schlachtmühle gebe.

Herr Rüstmann teilt mit, dass es keine neuen Erkenntnisse gebe.

Herr Schüdzig bemerkt, dass es noch keinen Ratsbeschluss zur Verschiebung der Doppik-Einführung gebe.

Herr Rüstmann erwidert, dass dieser Beschluss noch vom Rat gefasst werden müsse. Die entsprechende Sitzungsvorlage solle im nächsten Finanzausschuss vorgelegt werden.

Herr Matern fragt, ob es Auflagen bzw. Bedingungen seitens des Landkreises Friesland gebe, die zur Genehmigung des 1. Nachtrages geführt haben.

Herr Rüstmann sichert zu, diese Anmerkungen des Landkreises der Niederschrift beizufügen.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Ausschuss sodann folgendes:

Beschlussvorschlag:

Die im Entwurf vorliegende 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2009 wird als Satzung beschlossen.

Die Fortschreibung des Investitionsprogrammes wird beschlossen.

Die Fortschreibung des Finanzplanes wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 8 Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO im Haushaltsjahr 2008
Vorlage: BV/961/2009**

Ohne weitere Aussprache wird dieser TOP zur Kenntnis genommen.

Zur Kenntnis genommen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben gem. § 89 NGO im Haushaltsjahr 2009
Vorlage: BV/962/2009**

Die Ausschussmitglieder nehmen diesen TOP zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 10 Erstattungszinsen; hier: Zustimmung zu einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 89 NGO
Vorlage: BV/969/2009**

Herr Rüstmann erläutert kurz den Sachverhalt. Sodann beschließt der Ausschuss wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von bis zu 20.000,00 € für die Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen wird zugestimmt. Die Deckung wird gewährleistet durch Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

**TOP 11 Pflege von städtischen unbebauten Grundstücken;
Antrag der SPD-Fraktion vom 14. Juli 2009
Vorlage: AN/984/2009**

Der Vorsitzende stellt die Sitzungsvorlage zur Diskussion.

Herr Hartl erklärt, dass hierüber in der Fraktionssitzung der FDP beraten wurde. Die FDP halte die derzeitigen Regelungen für auskömmlich und sei dagegen, die Pflege der verkauften Flächen zu reglementieren. Aus diesem Grunde solle über den Antrag nicht weiter beraten werden.

Frau Rasenack erkundigt sich, ob der Finanzausschuss grundsätzlich zuständig sei.

Herr Zillmer teilt mit, dass die CDU eine ähnliche Einstellung habe wie die FDP. Laut Grundgesetz sei der Schutz des Eigentums höher zu bewerten als die Pflege von unbebauten Grundstücken.

Herr Matern erklärt, dass er der Meinung sei, dass es bereits genug Regelungen gebe.

Frau Rasenack führt aus, dass der Antrag nicht umsonst gestellt wurde. Es wurde bei einer Begehung seitens des Bauausschusses festgestellt, dass Grundstücke, die von Seiten der Stadt zwar verkauft, aber noch nicht bebaut wurde, sich zu „Schandflecken“ entwickelten, da sie „freiwillig“ nicht gepflegt werden.

Diesem pflichtet Frau Glaum zu. Speziell am Treidelweg gebe es Flächen, die sich in einem verwahrlosten und verwilderten Zustand befänden.

Herr Hartl erwidert, dass die Intension zwar richtig sei, es sich hier jedoch um Einzelfälle handele. Die vorhandenen Verordnungen der Stadt träfen auf jedes Grundstück zu. Es gebe genügend Regelungen. Eine neue würde nach sich ziehen, dass zusätzlich kontrolliert werden müsse.

Frau Bunjes teilt mit, dass sie befürchte, dass die Flächen auf potentielle Käufer optisch abschreckend wirken könnten.

Der Vorsitzende lässt nach kurzer weiterer Diskussion über den Antrag aufstimmen.

Der Finanzausschuss befasst sich mit dieser Angelegenheit.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt Ja 2 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12 Sanierung des Jüdischen Friedhofs Schenum; Zuschussantrag
Vorlage: BV/985/2009**

Herr Rüstmann teilt zu dem Sachverhalt mit, dass die Stadt Jever grundsätzlich nicht über die notwendigen Haushaltsmittel verfüge, um weiteren freiwilligen Aufgaben nachzukommen. Dennoch sei die Stadt bemüht, eine dem Einzelfall angemessene Entscheidung zu treffen.

Herr Hartl erklärt, dass die FDP dem Zuschussantrag zustimmen werde, da es sich um die Pflege von Kulturgut handle. Er rege jedoch an, den Friedhof zu bestimmten Anlässen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Tür des Friedhofs sei verschlossen und Interessierten solle der Zugang nicht verwehrt werden.

Frau Bunjes erwidert, dass es möglich sei, den Friedhof zu besuchen. Es befände sich ein Hinweisschild an der Tür, bei wem der Schlüssel hinterlegt sei.

Herr Matern teilt mit, dass die SWG ebenfalls zustimme. Er wundere sich allerdings, dass nur von einer Firma ein Angebot zur Ausführung der notwendigen Arbeiten vorliege.

Nunmehr wird über den Antrag wie folgt abgestimmt:

Beschlussvorschlag:

Dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen wird zur Sanierung des Friedhofs Schenum ein Zuschuss von 4.000 € gewährt. Entsprechende Mittel sind mit dem 3. Nachtrag zur Verfügung zu stellen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit:

TOP 13 Genehmigung der Niederschrift Nr. 20 vom 25.05.09 - öffentlicher Teil -

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 14 Schließen der öffentlichen Sitzung

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.35 Uhr. Er verabschiedet die anwesenden Vertreter der örtlichen Presse.

TOP 15 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Rüstmann teilt mit, dass aufgrund der aktuellen Steuerschätzung die Einnahmen aus der Einkommenssteuer um 368.000 € nach unten korrigiert werden müsse. Bei der Gewerbesteuer sei derzeit ein leichtes Plus zu verzeichnen. Z. Zt. zwingt die geänderte Einnahmesituation noch nicht zur Ergreifung von haushaltsrechtlichen Maßnahmen.

Genehmigt:

Herbert Schüdig
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Gabriele Riedel
Protokollführer/in